

An den Bürgermeister

Herrn Michael Dreier

Bahnhofstr. 50  
33102 Paderborn

**Die Linke  
Paderborn**

Fraktionsbüro  
Ledeburstraße 30  
33102 Paderborn

Telefon: 05251 2978744  
info@linksfraktion-paderborn.de  
www.linksfraktion-paderborn.de

Reinhard Borgmeier

Paderborn, den 27.03.25

**per Mail**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dreier,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Rats 10. April.

**Betreff: Ablehnung der Bezahlkarte für Geflüchtete und Nutzung der Opt-Out-Regelung nach §4 Bezahlkartenverordnung (BKV NRW)**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt Paderborn lehnt die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ab.
2. Abweichend von den Regelungen der Bezahlkartenverordnung NRW (BKV NRW), sollen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nicht in Form der Bezahlkarte erbracht werden. Vielmehr soll die Stadtverwaltung von der sogenannten Opt-Out-Regelung des § 4 Bezahlkartenverordnung (BKV NRW) Gebrauch machen.

**Begründung:**

Immer mehr Kommunen in NRW lehnen die Bezahlkarte ab. Es droht erkennbar ein Flickenteppich. Auch der Städte- und Gemeindebund NRW sieht die Einführung aufgrund des Aufwands und der Kosten kritisch. Eine spezielle Karte für Geflüchtete führt zu Ausgrenzung und erschwert die gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Es gibt keine belastbaren Hinweise, dass eine Bezahlkarte Migration oder Geldtransfers ins Ausland wirksam reduzieren würde.

Die Einführung und Verwaltung einer Bezahlkarte würde für die Stadt Paderborn zusätzliche Kosten und Arbeitsaufwand bedeuten, ohne erkennbare Vorteile.

Eine Bezahlkarte mit Nutzungsbeschränkungen bevormundet Geflüchtete in ihrer Lebensführung und verstößt möglicherweise gegen Grundrechte. Die Ablehnung der Bezahlkarte und die Beibehaltung des bisherigen Systems tragen dazu bei,

Diskriminierung zu vermeiden und Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Borgmeier, Fraktionsvorsitzender